

POSITIONSPAPIER

TUTMONDE E.V., LOLA FÜR DEMOKRATIE IN MV E.V., AG
MIGRANTINNEN DES LANDESFRAUENRATES MV



DURCHSETZUNG ANTIRASSISMUS ALS MENSCHENRECHT

1

Wir fordern:

Einen Aktionsplan bis 2023 in Abstimmung mit der Zivilgesellschaft zur Bekämpfung von strukturellem Rassismus inkl. der Etablierung von Qualifizierungen gegenüber Alltagsrassismus für Institutionen; Förderung entsprechender Bildungsprogramme sowie Richtlinien zu Diversitätsmanagement in den Institutionen des Landes.

Wir fordern:

Positionierung gegen die Kriminalisierung von Menschenrechtsarbeit und Anerkennung des Einsatzes gegen Rassismus als gemeinnützig; Deutliche und kontinuierliche Positionierung der Institutionen des Landes gegen Gruppen, die unter dem Deckmantel gesellschaftlichen Engagements menschenverachtendes Gedankengut verbreiten.

2

AKTIVE AUSEINANDERSETZUNG MIT ANTISEMITISMUS

Wir fordern:

Dass Antisemitismus in den Institutionen des Landes ernstgenommen wird durch die Schaffung einer Recherche- und Informationsstelle, welche sich zu einem Monitoring antisemitischer Überfälle verpflichtet und diese durch einen Bericht in Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft trägt.

DIE HERSTELLUNG VON CHANCENGLEICHHEIT DER MIGRANT*INNEN UND GEFLÜCHTETEN FRAUEN* AM ARBEITSMARKT

3

Wir fordern:

Die Vereinfachung der Anerkennung von beruflichen Abschlüssen und Qualifikationen aus anderen Herkunftsländern; Etablierung von strukturellen Maßnahmen, die den Fokus nicht allein auf Hochqualifizierte richten und auf formale Abschlusserkennung abzielen.

Wir fordern:

Anpassung der Lehrpläne; Durchsetzung des Grundsatzes „gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit“; Maßnahmen zur Unterstützung der Selbstständigkeit von Frauen*; eine spezifische Beratung für Frauen* insbesondere angepasst an die Bedarfe von Migrantinnen, um ihnen eine eigenständige Existenzsicherung zu ermöglichen, sowie eine Begleitung des gesamten Prozesses, kostenfreie qualitativ hochwertige steuerrechtliche Beratung, die Verankerung eines konsequenten Gender Mainstreaming in Programmen zur wirtschaftlichen Entwicklung.

4

UNEINGESCHRÄNKTER FAMILIENNACHZUG

Wir fordern:

Die Aufhebung menschenrechtswidriger Behandlung durch den eingeschränkten Familiennachzug, da dieser verhindert, dass Frauen* und Mädchen* über sichere Fluchtwege nach Deutschland kommen und die Teilhabeprozesse ihrer Familie in Deutschland stärken können. Frauen* und Mädchen* leiden am stärksten unter der Verschärfungen der Asylgesetze.

RECHTSEXTREMISMUS GENDERSENSIBEL IN DEN BLICK NEHMEN

5

Wir fordern:

Die Rolle von Frauen im Rechtsextremismus gerade in sozialen Berufen, im Pflegebereich, im Ehrenamt oder in kommunalen Vertretungen wahr- und ernst zu nehmen und die Etablierung von Konzepten in Politik und Verwaltung, um antifeministischen Ressentiments aktiv zu bekämpfen.

Wir fordern:

Dass durch Gleichstellungspolitik die Verzahnung von antifeministischen, rassistischen und antisemitischen Strömungen ernstgenommen wird und ihnen aktiv begegnet wird. Dazu gehört die Implementierung von Qualifizierungsmöglichkeiten für Personal in Politik und Verwaltung.

AKTIVE GESTALTUNG DES KITA-ERLASS VON 2010

6

Wir fordern:

Entsprechend dem Kita-Erlass von 2010, sollen Kinderrechte zum Standard öffentlich geförderter Bildungsträger gemacht werden – dieser Prozess muss professionell begleitet werden.

Wir fordern:

Dass der geschlechterpolitischen Agenda von rechtsextremen Akteur*innen und Organisationen aktiv durch pädagogische Konzepte und Bildung etwas entgegengesetzt wird –geschlechterreflektierende Ansätze sind hier pädagogisch besonders relevant und sollten dringend in Kitas begleitet umgesetzt werden.

PERSPEKTIVE MV ALS MIGRATIONSGESELLSCHAFT STÄRKEN

7

Wir fordern:

Das Integrationskonzept des Landes soll bis 2024 um nachprüfbare Indikatoren zur Evaluierung des Monitoringberichtes und klar definierte Zuständigkeiten ergänzt sowie finanziell untersetzt werden.

Wir fordern:

Die Etablierung eines Programms zur Aufnahme von Menschen aus den Elendslagern am Rande der EU sowie Projekte zur Betreuung und Begleitung von Illegalisierten und papierlosen Menschen.

Wir fordern:

Dass das Land die Verankerung von politischer Partizipation für Migrant*innen auch aus Nicht-EU-Ländern stärkt.

Wir fordern:

Die dauerhafte und feste Etablierung der Stelle der Integrationsbeauftragten des Landes und Kommunen, um die Bedarfe der Menschen mit Flucht- und Migrationsbiographie aktiv in Politik und Verwaltung zu inkludieren.

Wir fordern:

Den Aufbau einer unabhängigen Antidiskriminierungsstelle.

Wir fordern:

Einen zweijährlich erscheinenden Monitoringbericht ab 2022 gemeinsam mit migrantischen Vereinen, der strukturelle Benachteiligungen von Migrant*innen, Geflüchteten und People of Colour aufzeigt.

NACHHALTIGKEITS- UND GLEICHSTELLUNGSSTRATEGIE AUF BASIS DER AGENDA 2030 DER UN UNTER EINBEZIEHUNG VON MIGRANTINNEN

8

Wir fordern:

Entwicklung und Fortschreibung einer Landesnachhaltigkeitsstrategie auf Basis der Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Agenda 2030 sowie der Bundesnachhaltigkeitsstrategie. Hierbei soll die Zivilgesellschaft, insbesondere auch migrantische Initiativen [mehr Empowermentprozesse in den MSO fördern und deren Stärkung als Expert*innen in der entwicklungspolitischen Arbeit als Grundlage], über Dialogforen und ein Begleitgremium bzw. einen Beirat im gesamten Prozess eingebunden werden. Die Nachhaltigkeitsstrategie soll verpflichtende und nachprüfbare Vorgaben für alle relevanten Politikfelder machen, u.a. Landwirtschaft, Bildung und Haushaltsaufstellung.